

Hauke Brunkhorst  
Gerd Grözinger  
Wenzel Matiaske  
(Hrsg.)

# Peripherie und Zentrum in der Weltgesellschaft

Rainer Hampp Verlag

München und Mering 2004

### **Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN: 3-87988-875-2

Peripherie und Zentrum: ISSN 1614-6360

1. Auflage, 2004

© 2004

Rainer Hampp Verlag München und Mering  
Meringzeller Str. 10 D – 86415 Mering

[www.Hampp-Verlag.de](http://www.Hampp-Verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen, Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

∞ *Dieses Buch ist auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.*

*Liebe Leserinnen und Leser!*

*Wir wollen Ihnen ein gutes Buch liefern. Wenn Sie aus irgendwelchen Gründen nicht zufrieden sind, wenden Sie sich bitte an uns.*

## Zur neuen Reihe: Zentrum und Peripherie

Hauke Brunkhorst, Sérgio Costa, Wenzel Matiaske und Marcelo Neves

Die moderne Gesellschaft existiert heute nur noch im Singular. Es gibt nur noch eine einzige, heterarchisch vernetzte und funktional differenzierte Weltgesellschaft, die sich überall in posttraditionalen Verständigungsverhältnissen einrichten und ihre Probleme durch adaptives Lernen lösen muss. Gleichzeitig pluralisiert sich die Gesellschaft nicht nur in eine Vielzahl von Staaten und oft hochorganisierten Weltregionen (wie der EU), sondern auch in eine ständig wachsende Vielzahl von Rechtsordnungen, Religionen, Kulturen, Lebensformen, die schon lange nicht mehr mit den porös gewordenen Staatsgrenzen identisch sind.

Immer noch aber ist der demokratische Nationalstaat, der aus den Verfassungsrevolutionen des 18. Jahrhunderts hervorgegangen ist, das einzige politische Regime, das imstande ist, die sozialen, politischen und kulturellen Kollisionen von feindlichen Klassen, zerstrittenen Parteien und fragmentierten ethischen Gemeinschaften nicht nur zu pazifizieren, sondern deren destruktive Energien in die wichtigste kommunikative Produktivkraft zu verwandeln, ohne deren riskante Dynamik die moderne Gesellschaft rasch absterben müßte.

Der demokratische Nationalstaat ist aber nicht nur intern zur Umwandlung der Destruktivität posttraditionaler Kommunikation in Produktivität imstande, sondern war von Anfang auf universelle Expansion und die Erweiterung seiner Hemisphäre angelegt. Die Folgen waren zutiefst ambivalent: Einerseits eurozentrischer Kolonialismus und Imperialismus, der heute immer noch in der zivilisierteren Gestalt der nordatlantischen Hegemonie fortbesteht. Andererseits aber war die inzwischen vollzogene Weltherrschaft der westlichen Demokratien immer auch an die Expansion ihrer normativen Ideale gebunden, die sich schon lange und in immer neuen Varianten gegen ihren eigenen Imperialismus richten.

Europa hat das universelle Verstehen über die Weltmeere exportiert und wird nun, abweichend von seinem zivilisatorischen Selbstverständnis, aus der Perspektive des „anderen Kaps“ (Derrida) verstanden. Die westlichen Demokratien haben die Herrschaft des Rechts globalisiert und werden nun auf die Einhaltung der von ihnen gesetzten Normen verpflichtet, und die normative Alternativlosigkeit demokratischer Politik lässt die Defizite politischer Inklusion, egalitärer Freiheit und solidarischer Vergemeinschaftung in allen Weltregionen nun umso deutlicher hervortreten.

Während die Länder im Zentrum eine relativ weitgehende, rechtliche, politische und soziale Inklusion der Gesamtbevölkerung erreicht haben, zerfällt die riesige Peripherie in soziale Segmente überintegrierter Minoritäten und unterintegrierter Majoritäten. Erst in Folge der Globalisierung der Massenkommunikation, der Funktionssysteme und Expertenkulturen, des westlichen Verfassungstyps und der westlichen Hegemonie aber wird die Fragmentierung der Weltgesellschaft in Zentrum und Peripherie zu einem Problem, dem kein Funktionssystem, kein politisches Regime und keine sub- oder supranationale Organisation mehr ausweichen kann. Die Dif-

ferenzierung von Zentrum und Peripherie ist heute das gemeinsame Problem aller Weltregionen, Funktionssysteme und politischen Regimes.

Die fortschreitende Entkopplung der Funktionssysteme vom Staat gefährdet auch die nationalstaatlich segmentierte Demokratie in den Ländern des nordatlantischen Gürtels. Die Globalisierung verschärft die internen Probleme expansiver Sozial- und Wohlfahrtspolitik, und seit geraumer Zeit läßt sich eine wachsende Spaltung von Zentrum und Peripherie auch innerhalb der OECD-Staaten beobachten, die nicht nur produktive Nischenexistenzen und neue kulturelle Blüten in der Provinz aus sich hervor treibt, sondern auch eine bedrohlich wachsende Armutsexklusion und politische Apathie zur Folge hat. Wenn aber gleichzeitig Armutsexklusion und politische Apathie wachsen, kann es leicht zu einer Kumulation von Problemen kommen, an deren Ende statt demokratischer Lösungen das „Ende der Demokratie“ (Guéhenno) stünde.

Die neue Reihe des Rainer Hampp Verlags soll diese Probleme in Monographien und Sammelbänden zum Gegenstand machen, den Forschungsstand dokumentieren, Nutzen für Lehre und Praxis abwerfen.

Berlin, Flensburg und São Paulo, August 2004

H.B., S.C., M.N., W.M.

Die folgenden Bände der Reihe behandeln die Themen:

- Jenseits von Zentrum und Peripherie: Die Konstitution der Weltgesellschaft (Hrsg. Hauke Brunkhorst und Sérgio Costa),
- Die Verfassung der modernen Gesellschaft – Zwischen Zentrum und Peripherie (Hrsg. Hauke Brunkhorst und Marcelo Neves),
- Die Europäische Union als Modell des Mercosur? (Hrsg. Hauke Brunkhorst, Gerd Grözinger, Wenzel Matiaske und Marcelo Neves)

## Einleitung

Hauke Brunkhorst, Gerd Grözinger und Wenzel Matiaske

Im ersten, hier präsentierten Band der neuen Reihe mit dem Titel *Peripherie und Zentrum in der Weltgesellschaft* ist das Generalthema in mehreren Dimensionen angesprochen: Auswirkungen der Differenzierung von Zentrum und Peripherie für das Weltrechtssystem und seine Rückwirkungen auf die jeweiligen Regime, nationale Wirtschaftsstile und Politikulturen unter den Bedingungen der Globalisierung, universelle Menschenrechte und das Recht auf Differenzierung. Gleichzeitig fokussiert sich der Band auf eine gewisse gebietsmäßige Einengung. Dort, wo eine empirisch-regionale Analyse vorgenommen wird, sind fast ausschließlich die Verhältnisse in Mitteleuropa und Südamerika das Thema.

Die Spannung zwischen diesen beiden Kontinenten war zentrales Thema zweier Workshops, die an der Universität Flensburg und am Hochschulzentrum Kitzbühel 2002 und 2003 mit Unterstützung der Freunde der Universität Flensburg und der Donau-Universität Krems stattfanden. Die Workshops wurden im Zusammenhang mit dem wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen deutsch-spanischen Studiengang „International Management“ an der Universität Flensburg und einem vom DAAD geförderten Wissenschaftler-Austausch-Programm zwischen Deutschland und Brasilien des Instituts für Soziologie der Universität Flensburg konzipiert. Trotz der Konzentration auf die Konfrontation unterschiedlicher Perspektiven wurden auch bewusst Beiträge aufgenommen, die sich der Binnenanalyse einzelner Länder gewidmet hatten, um dem sterilen Zwang eines ständigen Vergleichs von eigentlich Unvergleichbarem zu entkommen.

So stellen gleich im Anfangsbeitrag *Christiane Bender*, *Hans Graßl* und *Markus Schaal* zwei inner-europäische Arbeitsmärkte benachbarter Staaten einander gegenüber, die nur auf den ersten Blick größte Ähnlichkeiten aufweisen. Ihre detailliertere Analyse ergibt aber, dass sich selbst dabei unterschiedliche „soziale Konstruktionen“ bemerkbar machen. Besonders im Dienstleistungssektor, dem dynamischsten Bereich moderner Marktgesellschaften, wird es bestimmend, wann gesellschaftlich akzeptabel ist, welche Tätigkeiten in Eigenarbeit erstellt und welche in professionalisierter Ausfertigung von Dritten erworben werden. In der Nutzung der wohlfahrtsstaatlichen Typologie Esping-Andersens wird Deutschland dabei eindeutig als „konservatives Wohlfahrtsregime“ charakterisiert, die Schweiz aber lässt sich aktuell weniger einfach, wie sonst üblich, dem „liberalen Modell“ zuordnen. Sie hat schon einen großen Schritt in Richtung des deutschen Wegs gemacht, müsste sich jetzt aber, will sie ihren relativen Erfolg bewahren, sogar in Richtung „Skandinavien“ mit hohem Anteil berufstätiger Frauen bewegen, um an der Dynamik der marktmäßig erzeugten Dienstleistungen für Privathaushalte teilzuhaben.

*Margareta Bertilsson* widmet sich in ihrem Beitrag ebenfalls einer sich stürmisch entwickelnden Arbeitsmarktdimension. Am Beispiel der Juristen stellt sie sich die Frage, wie hoch-qualifizierte Berufe auf eine weiter voran schreitende Globalisierung reagieren werden. Mit dem Analyseraster der soziologischen Pro-

fessionsforschung und unter Rückgriff auf die Tradition der Modernisierungs- und Konvergenzansätze werden gegenläufige Trends diagnostiziert: Juristen sind Vertreter hegemonialer Staaten und transnationaler Unternehmen, agieren aber (zumindest potentiell) auch als fähige Advokaten ihrer Gegner. Sie spiegeln darin in gewisser Seite die Aufteilung der Globalisierungskräfte wider: getrieben entweder von Produzenten- oder von Konsumentenseite. Ähnlich inhomogen wirkt das Feld der Rechtssysteme, das anglo-amerikanische Common Law ist mächtig, aber nicht eindeutig als dauerhaft dominant anzusehen. Eher ist eine Hybridisierung von nationalem und internationalem Recht zu erwarten.

Die kritische Reflexion des Mercosur oder Mercosul – in portugiesischer Schreibweise – durch *Gilberto Calganotto* beschreibt das dritte der stärker ökonomie-zentrierten Themen. Eine strukturelle Asymmetrie – das große Brasilien verband sich mit den erheblich kleineren Staaten Argentinien, Uruguay, Paraguay – zu einer gemeinsamen Wirtschaftszone, verweist dabei genauso auf ein erhebliches Konstruktionsproblem, wie es auch die Anfälligkeit für die teilweise gravierenden wirtschaftlichen und politischen Instabilitäten seiner Mitgliedsstaaten darstellt. Besonders die dadurch stets in der Diskussion befindliche Änderung der Wechselkurs-Festlegung der beteiligten Länder bietet ein instruktives Beispiel dafür, wie nationale Interessen und internationale Verpflichtungen sich ad hoc austarieren mussten. Im Unterschied zu der hoch-institutionalisierten EU arbeitet der Mercosul bisher vor allem mit inter-gouvernementalen Verabredungen, und ist damit flexibler, aber auch prekärer. Vor diesem Hintergrund werden für den Mercosul und seine um den zentralen Einfluss ringenden Hauptpromotoren Brasilien und Argentinien vier denkbare Entwicklungspfade vorgestellt. Mit der Wahl der Präsidenten Lula und Kirchner existiert dabei zum ersten Mal auch die Möglichkeit, zu nachhaltigen Politik-Kooperationen jenseits einer Freihandelszone zu gelangen.

Argentiniens schwierige Finanzsituation – eine „Insolvenz ohne Insolvenzrecht“ –, aber auch die Bedeutung ausländischer Schuldner und mögliche Lösungsvorschläge dazu sind Thema bei *Barbara Fritz*. Besonders mit der bekannt umstrittenen Rolle des Internationalen Währungsfonds IWF setzt sich der Beitrag kritisch und detailliert auseinander. Die nicht zuletzt durch den Fall Argentiniens dort angeregten Diskussionen um ein mögliches Insolvenzrecht für souveräne Staaten auf der einen Seite und von damit einher gehenden Konzepten der „tragfähigen Verschuldung“ andererseits demonstriert dabei die Problematik bisheriger Überlegungen. Besonders in bezug auf die vom IWF weiter gepflegte Behauptung der Nützlichkeit einer Fremdverschuldung zur Wachstumsgenerierung scheinen die Annahmen der hier zu Grunde gelegten ökonomischen Theorien nicht mehr haltbar. Eine alternative Politik müsste deshalb ein doppeltes Ziel haben und nicht nur zu sozial verwerfungsarmen Methoden der Schuldenreduzierung qua geregelter Verfahren kommen, sondern auch eine zukünftige Auslandsschuldenminimierung zum Ziel haben.

Von einer juristischen Seite kommend, behandelt auch *Andreas Fischer-Lescano* die Schuldensituation Argentiniens. Wenn in einem der größten Landwirtschafts-exporteure der Welt im neuen Jahrtausend wieder Hunger herrscht, und trotzdem Auslandsschulden vorrangig bedient werden sollen, muss man dann nicht von „Sit-

tenwidrigkeit“ sprechen? Tatsächlich sind Vereinbarungen über einen großzügigen Schuldenerlass geschichtlich dann nicht so selten gewesen, wenn ein Land erkennbar nicht mehr in der Lage war, seinen kumulierten Verpflichtungen nachzukommen. Auch Deutschland hat davon schon profitiert. Aber es kommt noch etwas Grundsätzliches hinzu. Wenn Kredite von einer Regierung aufgenommen wurden, die - wie im Fall der Militärdiktatur Argentiniens – eindeutig nicht demokratisch legitimiert war, sind es dann nicht eher „Regimeschulden“ statt solche des Staates? Dass solche „Hässlichen Schulden“ nicht rückzahlbar sind, weil auch die Geldgeber eine Verantwortung haben, der sie hier nicht nachgekommen sind, hat schon seit den zwanziger Jahren eine gewisse Tradition im Völkerrecht. In einer Zusammenstellung der nötigen Absicherung dazu seitens schon getroffener Urteile im Umfeld und der Durchsicht der diesbezüglichen Rechtsliteratur wird in dem Beitrag die Position begründet, dass dieser Fall eines gebotenen Schuldenerlasses bei Argentinien gegeben ist. Vor Gerichten, auch deutschen, wird bereits darüber gestritten, mit offenem Ausgang.

*Sérgio Costa* beschäftigt sich mit den Auswirkungen des nationalen Gestaltungsverlustes auch wohl-organisierter, also demokratisch und rechtsstaatlich verfasster, Staaten. In einer Kritik des Habermasschen Konzepts „postnationaler Konstellationen“ wird zunächst für das Feld der europäischen Integration festgestellt, dass viele der in diesem skeptischen Ansatz liegenden Prämissen empirisch schlecht abgesichert scheinen. Staatsbürgerliche Identität kann sich geschichtlich auch in neuen Institutionen bilden, ist ihr nicht zwangsläufig vorgelagert. Auch die Übertragung zivilgesellschaftlicher Elemente auf der Grundlage eines westlichen Erfahrungshorizonts auf eine künftige Weltbürgergesellschaft ist als problematisch anzusehen, da ohne mögliche prozedurale Korrektur ein hegemoniales Modell voraussetzend. Am Beispiel der Menschenrechte wird durchdekliniert, welche Probleme dabei entstehen, wenn diese als der Volkssouveränität vorgelagert aufgefasst werden. In einem historischen Rekurs zu Sklaverei und Kolonialismus wird das scheinbare Paradox aufgezeigt, wie formale Menschenrechtsdiskurse und faktische Exklusionsstrategien ko-existieren. Die daraus gezogene Lehre lautet, dass eine geforderte Durchsetzung universaler Menschenrechtsnormen ohne Verankerung in realen Emanzipationserfahrungen bzw. -defiziten weiter bestehende Machtasymmetrien nur verdecken helfen, sie diese aber nicht aufzuheben vermögen.

Menschenrechte sind ebenso das Thema des Beitrags von *Regina Kreide*. Und auch hier ist deren Universalität keine unhinterfragbare, sondern zu begründende Ausgangsthese. Vor allem die Vertreter sogenannter „asiatischer Werte“ und diverser kodifizierte Versionen „islamischer Tradition“ wenden sich gegen die lange naturrechtliche Tradition Europas, und später auch Nordamerikas. So existieren neben der „Allgemeinen Erklärung“ und ihren Folgetexten eine Reihe speziellerer regionaler Rechtsdeklarationen. Sie besetzen andere Themen – Recht auf Entwicklung und wirtschaftliche Lebenssicherung etwa –, oder gewichten unterschiedlich: statt Individualrechte solche der Gruppe oder Familie. Um hier trotzdem zu einer Verständigung zu gelangen, kommt entweder ein Kooperations- oder ein Verhandlungsmodell in Frage. Die unterschiedlichen Ergebnisse des jeweiligen Ansatzes lassen sich nicht

nur für eine retrospektive Analyse – am Beispiel der UN-Menschenrechtserklärung von 1948 – nutzen, sondern auch für eine Bewertung eines aktuellen Vorgangs. Pakistans Unterzeichnung der Anti-Diskriminierungskonvention von Frauen 1996 ist ein Beispiel für ein erfolgreiches Verhandeln in einem sehr religiösen Kontext.

*Marcelo Neves* greift eine andere rechtsphilosophische Auseinandersetzung auf, die aber eine strukturelle Ähnlichkeit mit der Frage von Universalität vs. Differenz hat. Sein Beitrag beschäftigt sich mit der Genese von Rechtsaussagen: sind sie monistisch zu interpretieren oder gibt es nicht ganz verschiedene, darunter auch staatsferne Quellen? Mit Bezug auf Teubner wird dabei zwischen „autopoetischem“, „teilautonomen“ und „gesellschaftlich diffusem“ Recht unterschieden. Stellt sich schon hier die Frage nach dem, vermutlich prekären, Zusammenwirken solch unterschiedlicher Formen, ist eine Übertragung auf latein-amerikanische Verhältnisse vollends problematisch. Die dort aufzufindende „periphere Moderne“ mit ihren Durchdringungen von Recht, Politik und Wirtschaft erlaubt den einzelnen Sphären nicht ausreichend die funktionale Geschlossenheit des europäischen/nordamerikanischen Typs. Es kommt statt dessen nur zu einem „sozialen Durcheinander“. Eine rechtspluralistische Interpretation Lateinamerikas verstärkt diese Fehlentwicklung. Denn dass Rechtssysteme existieren, ist noch nicht ausreichend für eine Aussage über ihre Effizienz.: dazu bedarf es der Überwindung partikularistischer Interessen.

Mit einem besonderen Aspekt brasilianischer Politik beschäftigt sich *Paula Diehl*. Collor de Mello, erster gewählter Präsident nach der Militärdiktatur, dann in einem Amtsenthebungsverfahren wegen Korruption abgesetzt, ist ein herausragendes Lehrbeispiel der Medienmacht in der Politik. Dabei spielte nicht nur die Unterstützung des Kandidaten durch einen übermächtigen Fernsehketten-Besitzer eine große Rolle, sondern vor allem auch die Art der Darstellung der Person. Angelehnt an die Rezeptionsmuster der ubiquitären Telenovelas, wurde der Wählerschaft eine ausgefeilte „Körperinszenierung“ geboten: sportlich, erotisch, dominant. Der König hat nicht mehr einfach „zwei Körper“, wie im Mittelalter, der Körper eines modernen populistischen Präsidenten ist jetzt zugleich immer Sinnbild politischer Virilität. Dazu müssen mehrere Projektionsebenen zugleich bedient werden, und bedarf es wegen der Gefahr der Übersättigung ständiger Neu-Inszenierungen, wie bei einem Pop-Star. Collor de Mello mag damals die Grenze zur Karikatur häufiger überschritten haben, aber europäische Pendanten, von Haider bis Berlusconi zeigten sich bald lernfähig.

Ein ganz anderes Feld brasilianischer Politik behandelt *Klaus Minihuber*. Landbewohner von afro-brasilianischer Herkunft besinnen sich auf die Tradition Brasiliens als eines sklavenhaltenden Landes und wenden ihre Diskriminierungsgeschichte zunehmend auch in praktisch-politische Forderungen. Der Beitrag zeichnet zunächst die historische und wirtschaftliche Bedeutung dieser oftmals an den Rändern des Staates lebenden Bevölkerungsgruppe vor allem entlaufener Sklaven nach, und untersucht dann die daraus entstandenen aktuellen politischen Bewegungen. Für deren Nachkommen wurden schon Ende der achtziger Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur Sonderrechte in der Verfassung eingeräumt, ähnlich denen der indigenen Völker. Diese wohl ursprünglich eher symbolisch gemeinte Wie-



dergutmachung, glückliches Produkt einer besonderen historischen Konstellation, konnte dann aber später zu realen Restitutionsforderungen in Form von Landübertragungen genutzt werden. Dabei setzte sich eine Dynamik der „Resemantisierung“ in Gang, wodurch auch andere weiterbestehende Formen der Diskriminierung von Afro-Brasilianern zum Gegenstand des Protestes werden konnten.

Wir danken den Teilnehmern der lebendigen Workshops in Flensburg und Kitzbühel, die sich auf das Risiko der interdisziplinären Begegnungen von Ökonomie, Soziologie und Rechtswissenschaft eingelassen haben, der Flensburger Universitätsgesellschaft und der Donau-Krems-Universität für die freundliche Unterstützung und ganz besonders herzlich Wolfgang Jütte für seine Hilfe bei der Tagungsorganisation in Kitzbühel.

Berlin und Flensburg, August 2004

H.B., G.G., W.M.



## Inhaltsverzeichnis

Zur neuen Reihe: Zentrum und Peripherie . . . . .	I
<i>Hauke Brunkhorst, Sérgio Costa, Wenzel Matiaske und Marcelo Neves</i>	
Einleitung . . . . .	III
<i>Hauke Brunkhorst, Gerd Grözinger und Wenzel Matiaske</i>	
Nationale Arbeitsmärkte in Zeiten der Globalisierung? Die Schweiz im Zentrum und in der Peripherie Europas . . . . .	1
<i>Christiane Bender, Hans Graßl und Markus Schaal</i>	
Professions on the Road to Global Power: The Case of the Legal Profession . .	22
<i>Margareta Bertilsson</i>	
Mercosul: Utopie oder Wirklichkeit? Szenarien . . . . .	46
<i>Gilberto Calcagnotto</i>	
Wie tragbar sind Schulden? Debt Sustainability, Insolvenzrecht für Staaten und die neue Rolle des IWF . . . . .	65
<i>Barbara Fritz</i>	
Nolenti fit iniuria: Sittenwidrige Schulden im Weltrecht . . . . .	88
<i>Andreas Fischer-Lescano</i>	
Europa und das Verhältnis Zentrum-Peripherie in der Weltgesellschaft: Eine Kritik am Habermasschen Ansatz . . . . .	110
<i>Sérgio Costa</i>	
Zwischen Deliberation und Verhandlung: Zur Gerechtigkeit globaler und regionaler Menschenrechtsabkommen . . . . .	131
<i>Regina Kreide</i>	
Vom Rechtspluralismus zum sozialen Durcheinander: Der Mangel an Identität der Rechtssphäre(n) in der peripheren Moderne und seine Implikationen in Lateinamerika . . . . .	160
<i>Marcelo Neves</i>	
Zwischen Telenovelas und Politik: Die Körperinszenierung des brasilianischen Präsidenten Fernando Collor de Mello . . . . .	190
<i>Paula Diehl</i>	
Rebellion an der Peripherie: Afro-brasilianische Bauerngemeinschaften auf dem Weg zu einer neuen ethno-politischen Identität . . . . .	206
<i>Klaus Minihuber</i>	

X Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Autoren ..... 223